# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Zeile kostet 0.30 Reichsmark, für auswärts 0.35 Reichsmark, für das Ausland 0.50 Reichsmark. Die Reklamezeile, 61 mm breit, kostet 1.50 Reichsmark, für auswärts 2.00 Reichsmark. – Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Reichsmark. – Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 R.-Mark. Postbezug für Monat November 2.00 Reichsmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich 6 Kr. 15. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich 0.90 Reichsmark, nach dem Auslande 1.20 Reichsmark. Einzelnummer 10 R.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 269 — Dienstag, 17. November 1925 — XXXIII. Jahrg.


# Umbildung der Botschafterkonferenz?

## Zuziehung des deutschen Botschafters von England vorgeschlagen — Beginn der entscheidenden Parteitage der Deutschnationalen und des Zentrums — Scharfe Maßnahmen gegen die Antifascisten in Italien

## Ankündigung der „Rückwirkungen"

Die Botschafterkonferenz, die erst heute zusammentreten sollte, um über die Räumung Kölns und die Abänderung des Rheinlandregimes zu beraten, kam bereits am Sonnabend in Paris zusammen und beschloß, dem deutschen Botschafter von Hoesch die offizielle Mitteilung zu machen, daß die Kölner Zone am 1. Dezember geräumt werden würde. Dieser Beschluß wird heute dem deutschen Botschafter schriftlich bestätigt werden. Gleichzeitig wird das annähernde Datum für die Beendigung der Räumung, die etwa zwei Monate beanspruchen soll, festgelegt werden. In der gleichen Note sollen auch die Veränderungen festgelegt werden, die im Rheinlandregime geplant sind. Ferner bestätigt die Botschafterkonferenz die Ernennung des bisherigen deutschen Gesandten in Madrid, des Freiherrn Langwerth v. Simmern, zum Reichskommissar für die besetzten Gebiete. Die ungeheuer große Zahl der sogenannten „Rheinlandverordnungen" wird energisch liquidiert und auf eine ziemlich kleine Mindestzahl beschränkt werden. Der Bereich der französischen Militärjustiz wird zugunsten der deutschen Gerichte eingeschränkt werden. Schließlich wird auch die deutsche Forderung nach Verringerung der Besatzungsstreitkräfte angenommen.

### Genugtuung in England

Telegramm unsres Korrespondenten

w. London, 16. November

Die offizielle Festsetzung der Räumung Kölns auf den 1. Dezember wird hier von den Blättern aller Parteischattierungen mit lebhafter Befriedigung begrüßt. Der „Daily Telegraph" sagt: „Die Entscheidung der Botschafterkonferenz wird sicher einen beruhigenden Einfluß ausüben, besonders da im gesamten besetzten Gebiet noch weitere Abänderungen stattfinden werden, durch welche die Besetzung für deutsche Gefühle weniger belastend gemacht werden soll." Das Blatt erklärt ferner, daß das mit dem Locarno-Vertrag eröffnete neue Kapitel der Nachkriegszeit einen guten Anfang genommen habe mit Hindenburgs Erklärung in Darmstadt, die keinen Zweifel an der Loyalität der deutschen Regierung aufkommen lasse. Dem diplomatischen Mitarbeiter des „Daily Telegraph" zufolge, ist es hauptsächlich die britische Regierung gewesen, welche die Alliierten dazu bewogen hat, den deutschen Forderungen auf Räumung Kölns und Herabsetzung der Besatzungsarmee Folge zu geben. Hierüber haben noch in der vergangenen Woche sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen dem britischen und dem französischen Standpunkt geherrscht. In London hält man ferner die Abschaffung oder Umbildung der Botschafterkonferenz und des beratenden Komitees von Versailles für geboten. Wahrscheinlich soll die Botschafterkonferenz zwar weiter bestehen bleiben, aber der deutsche Botschafter in Paris stets zu ihren Beratungen zugezogen werden. Sie soll auf diese Art zu einer Art von Ausgleichsausschuß werden. Ebenso wird vorgeschlagen, dem Versailler Militärkomitee einen deutschen Generalstäbler beizugeben.

## Die Wahlen in der Tschecho-Slowakei

× Prag, 16. November. (Tschecho-Slowakisches Pressebureau.) Die bis Mitternacht aus Westböhmen vorliegenden Resultate lassen erkennen, daß sich die deutschen Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten weit besser behauptet haben, als die tschechischen Sozialdemokraten. Die Christlichsozialen und der Bund der Landwirte haben fast überall Gewinne zu verzeichnen, die teilweise ganz erheblich sind. Diese Gewinne sind ihnen auch dadurch zugefallen, daß die deutsche demokratische Freiheitspartei nicht in den Wahlkampf gezogen ist. Die deutsche Nationalpartei scheint ihren bisherigen Besitzstand zu behaupten, ebenso die nationalsozialistische Arbeiterpartei. Die beiden letzten Parteien gingen im Wahlkampfe 1920 gemeinsam vor.

•

× Prag, 16. November. Nach den bisherigen Teilresultaten der Wahlen zur Nationalversammlung lassen sich nur flüchtig erste Eindrücke gewinnen. Bei den Ergebnissen der Wahlen in den nordböhmischen Bezirken Teplitz, Tetschen und Aussig ist erwähnenswert, daß die deutsche Sozialdemokratie sich gegen die Kommunisten sehr erfolgreich gehalten hat. So ist das Ergebnis beider Parteien im Teplitzer Bezirk 1450 zu 670, im Tetschener Bezirk 600 zu 750 und im Aussiger Bezirk 1480 zu 620. Außerdem erhielten von den deutschen Parteien im Bezirk Teplitz der Bund der Landwirte 900, die deutsche Christlich-Soziale Partei 1070, die Deutschnationale Partei 380, die Nationalsozialistische Arbeiterpartei 485. Im Bezirk Tetschen der Bund der Landwirte 2980, die Deutschnationale Partei 1460, die Christlich-Sozialen 560, die Nationalsozialistische Arbeiterpartei 1410 Stimmen. Im Aussiger Bezirk der Bund der Landwirte 2840, die Deutschnationale Partei 20, die Nationalsozialistische Arbeiterpartei 500. Alle Ziffern gelten für das Abgeordnetenhaus. Aus Ostmähren, daß seinerzeit Professor Masaryk ins Abgeordnetenhaus wählte, kommen Resultate, denen zufolge die tschechisch-slowenische Volkspartei an erster Stelle marschiert.

•

### Ein Ruck nach rechts?

× Prag, 16. November. Nach den bisher vorliegenden Resultaten scheinen die Wahlen zu starken Erfolgen der Kommunisten, der tschechischen Nationalsozialisten, der tschechischen Klerikalen und der tschechischen Gewerbepartei geführt zu haben. Auch die neu gegründete tschechische Arbeiterpartei verzeichnet namhafte Gewinne auf Kosten der tschechischen Nationaldemokraten (Kramarsch-Partei). Die tschechischen Sozialdemokraten, die in Prag unter die Hälfte ihrer früheren Ziffer gesunken sind, erlitten große Verluste. Die deutschen Stimmen in Prag haben sich gegenüber den Wahlen von 1920 sogar um ein Geringes vermehrt. Die Wahlen bestätigen neuerdings den deutschen Charakter des Hultschiner Ländchens. Infolge der Schwächung der tschechischen Sozialdemokraten und der tschechischen Nationaldemokraten wird die kommende Regierungskoalition voraussichtlich nicht ohne die tschechische Gewerbepartei auskommen. In der Koalition bedeutet dies eine Stärkung der rechtsstehenden Elemente und große Aussichten für die Politik der tschechischen Klerikalen. Falls es nicht möglich sein sollte, zu einer tragfähigen tschechischen Regierungskoalition zu gelangen, soll es im Frühling zu Neuwahlen kommen. Voraussichtlich wird das neue Kabinett wiederum vom bisherigen Ministerpräsidenten Svehla gebildet werden.

### Erweiterung der Befugnisse Mussolinis

× Rom, 15. November. Der Ministerrat nahm gestern den Gesetzentwurf betreffend die Befugnisse und Vorrechte des Ministerpräsidenten und einen Gesetzentwurf betreffend Abänderung der Staatsbürgerrechte an. Wie „Epoca" und „Idea Nazionale" hierzu melden, besteht das angenommene Gesetz aus zehn Artikeln, die folgendes bestimmen: Der Ministerpräsident wird vom König ernannt und entlassen und ist allein dem König für die allgemeine Richtung seines Ministeriums verantwortlich. Die übrigen Minister werden vom König auf Vorschlag des Ministerpräsidenten ernannt und entlassen und sind dem König und dem Ministerpräsidenten verantwortlich. Ohne Zustimmung des Ministerpräsidenten darf kein Gegenstand auf die Tagesordnung einer der beiden Kammern gesetzt werden. Einfache Beleidigungen gegen den Ministerpräsidenten werden mit Gefängnis bis zu 30 Monaten, ein Anschlag auf das Leben des Ministerpräsidenten mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.

•

### Maßnahmen gegen die Antifascisten

#### Fascistenfeindliche Kundgebungen in Venedig

× Rom, 16. November. Vom Ministerrate wurde am Sonnabend ein Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Staatsbürgerrechte, angenommen. Dieser Entwurf sieht u. a. folgende Bestimmungen vor: Ein Italiener, der im Auslande Handlungen vornimmt, die das Ansehen Italiens herabsetzen oder eine Störung der öffentlichen Ruhe in Italien hervorrufen könnten, verliert seine Staatsangehörigkeit. In besonders schweren Fällen kann sein Vermögen eingezogen werden. Wie aus Venedig berichtet wird, haben an der dortigen Handelshochschule antifascistische Kundgebungen stattgefunden. Daraufhin ist der Direktor der Hochschule von seinem Posten zurückgetreten und ein Nachfolger für ihn ernannt worden.

## Wie steht es im deutschen Osten?

Von Dr. Wilhelm Schall, Württembergischer Finanzminister a. D.

IV.

### Der polnische Korridor

Man kann heute durch den polnischen Korridor fahren, ohne überhaupt etwas von ihm zu bemerken. Man braucht nur abends in Berlin in den Schlafwagen des D-Zuges nach Königsberg einzusteigen, kann dann ohne Störung fahren und schlafen und andern morgens in Marienburg oder später aufwachen. Es ist auch festzustellen, daß der deutsche Personen- und Güterverkehr durch den Korridor sich jetzt im allgemeinen ohne Störung, entsprechend dem deutsch-polnischen Durchgangsabkommen abspielt. Aber mit diesen Feststellungen ist die Frage des polnischen Korridors auch nur nach der Seite des Verkehrs keineswegs erledigt. Denn dieser Verkehr ist kein freier, wie er zwischen Teilen eines einheitlichen Wirtschafts- und Staatsgebiets von selbst sich entwickelt; er kann sich nur im Rahmen des deutsch-polnischen Abkommens bewegen und ist eben schon dadurch aufs schwerste gehemmt und geschädigt, daß zwischen dem deutschen Endpunkt auf der einen und dem Anfangspunkt auf der andern Seite der bis zu 225 Kilometer breite Gürtel des polnischen Korridors liegt, der, solange er deutsch war, das nach der einen und andern Seite vermittelnde Verbindungsglied des — nicht nur wirtschaftlichen — Verkehrs war, der selbst in regstem Austausch mit der einen wie der andern Seite stand. Schon rein die Tatsache der räumlichen Trennung und Entfernung zerstört oder erschwert Verbindungen, reißt auseinander, entfremdet, auch wenn der Durchgangsverkehr noch so korrekt sich abspielt. Aber auch dieser korrekte Durchgangsverkehr dient den deutschen Bedürfnissen eben nur im Rahmen des Abkommens; jedes durch das Abkommen nicht vorgesehene oder geregelte Bedürfnis kann nur durch eine neue deutsch-polnische Verständigung mit all den Umständlichkeiten und Schwierigkeiten, die damit verknüpft sind, befriedigt werden.

Im Rahmen des Abkommens. Ein paar Bemerkungen zur Erläuterung: Nur in den geschlossenen Zügen und Zugteilen können Deutsche ohne polnisches Visum und Zollbehandlung durch den Korridor fahren. Nur eine bestimmte Achsen- und Zuggahl ist zugelassen. Extrazüge müssen bei der polnischen Eisenbahndirektion besonders beantragt werden, deren Entscheidung sehr leicht verspätet eintrifft. Polen verlangt für die Aufrechterhaltung eines Zuges eine bestimmte Mindestbesetzung, was besonders für die verkehrsschwache südliche Linie Deutsch-Eylau—Schneidemühl störend ins Gewicht fällt. Bei Verkehrsanhäufungen (besonders im Herbst bei dem starken Güterverkehr — Getreide, Kartoffeln, Vieh — von Ostpreußen nach Deutschland) große Verzögerungen der Beförderung. Kein direkter telephonischer Verkehr der deutschen Stationen mit den polnischen entlang der Strecke; deshalb erfuhr man auf der deutschen Seite beinahe einen Tag lang nichts Genaues über das Stargarder Eisenbahnunglück. Kein Einfluß Deutschlands auf die Streckenunterhaltung. Polen stellt sich auf den Standpunkt, daß die durch Artikel 89 des Vertrags von Versailles Deutschland zugesicherte Durchgangsfreiheit sich nur auf den Binnenverkehr Ostpreußen—Deutschland erstrecke, nicht auch auf Sendungen etwa von Litauen oder Rußland über Ostpreußen nach dem übrigen Deutschland. Das im Abkommen vorgesehene Danziger Schiedsgericht hat nun wenigstens entschieden, daß Polen für den Durchgangsverkehr keinen Nachweis des Ursprungs der Waren verlangen kann. So weigert sich aber Polen immer noch, auf die deutsche Spur umgesetzte russische Wagen (etwa mit direkter Ladung Moskau—Berlin) für den Korridor-Verkehr zu übernehmen, weil ja hier auch ohne Nachprüfung ersichtlich sei, daß der Wagen nicht dem binnendeutschen Verkehr diene. Das hat zur Folge, daß in Eydtkuhnen die Ware in deutsche Wagen umgeladen werden muß: Verzögerung, Unsicherheit, Verluste, Kosten. Der Korridorverkehr kommt die Reichsbahn teuer. Die Reichsbahn berechnet die Beförderungspreise nach dem deutschen Tarif für die ganze Strecke, muß aber Polen die Korridorstrecke nach dem polnischen Tarif bezahlen: Die verhältnismäßig kleine polnische Strecke nimmt infolgedessen bei größerer Gesamtentfernung (infolge der deutschen Staffeltarife im Güterverkehr) unverhältnismäßig viel von der Fracht weg. Diese wenigen Beispiele aus dem noch am besten geregelten Eisenbahnverkehr zeigen schon, wie viele Hemmungen, Schwierigkeiten, Verteuerungen der Korridorverkehr für Deutschland zur Folge hat.

Aber mindestens ebenso schädlich für Ostpreußen sind die Nachteile, die daraus entstehen, daß durch das Dazwischenliegen des Korridors der Verkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland gelockert worden ist, daß dadurch die Verhältnisse Ostpreußens dem übrigen Deutschland unbekannter und fremder geworden sind. Diese Nachteile äußern sich auch für die ohnehin schon schwierige Wirtschaft. In Ostpreußen wird man immer wieder darauf hingewiesen, wie schwierig es sei, aus dem Reich Geld hereinzuziehen, weil dort die Verhältnisse in Ostpreußen nicht bekannt seien und in Unkenntnis für viel gefährdeter gehalten würden, als sie in Wirklichkeit seien, und wie das dann von selbst auch eine Verteuerung des Kredites für Ostpreußen bewirke. Diesen psychologischen Auswirkungen des Korridors müssen wir im Reich mit Bewußtsein entgegentreten und dafür sorgen, daß durch sie die Schädigung Ostpreußens nicht noch größer wird, als durch die Verhältnisse ohnehin bedingt ist.

**Wie steht es nun mit dem Korridorgebiet selbst?**

Um den neuen polnischen Staat bis zur Ostsee auszudehnen und ihm so auf eigenem Gebiet den von Wilson verlangten „freien und sicheren Zugang zur See" zu verschaffen, ist der größte Teil der Provinz Westpreußen — 70 Prozent der Fläche, 76 Prozent der Einwohnerschaft — von Deutschland abgetrennt und mit Ausnahme des Gebietes der Freien Stadt Danzig dem polnischen Staat einverleibt worden, trotzdem die andre Voraussetzung Wilsons, daß dieses Gebiet von einer unbestritten polnischen Bevölkerung bewohnt sein müsse, dabei in größter Weise mißachtet wurde. Denn dieses Gebiet war nach seiner ursprünglichen Besiedlung germanisch, nicht slawisch — die slawische Einwanderung hatte erst nach der Völkerwanderung stattgefunden —, es hatte im Laufe seiner Geschichte nur 200 Jahre, von 1569 bis 1772, völlig zum polnischen Reiche gehört und hatte bei seiner Abtrennung durch den Vertrag von Versailles insgesamt eine unbestreitbare deutsche Mehrheit. Wer sich über die Geschichte und die Bevölkerungsverhältnisse des Korridors näher unterrichten will, der lese das eben bei der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart erscheinende, von dem bekannten Danziger Historiker Keyser herausgegebene Buch: „Der Weichselkorridor." Seit das Gebiet polnisch ist, verschieben sich aber die Verhältnisse immer mehr zuungunsten der Deutschen infolge der polnischen Maßnahmen: Vertreibung deutscher Domänenpächter und Ansiedler, Enteignung deutschen Familiengrundbesitzes, Schließung deutscher Schulen, sonstige unaufhörliche Bedrängungen der Deutschen und ihrer Gemeinden, die die im Korridor ursprünglich heimischen Deutschen in großem Umfang zur Abwanderung gezwungen haben. So zeigt schon die polnische Volkszählung von 1921 einen starken Rückgang des Deutschtums und es ist kein Zweifel, daß heute dem Deutschtum in den polnisch gewordenen Bezirken nur noch eine geringe Bedeutung zukommt. Das gilt namentlich für die Städte, auf dem Lande nicht in demselben Maße, da sich dort der deutsche Großgrundbesitz noch überwiegend gehalten hat. Aber auch er soll vernichtet werden durch die gerade hierauf zugeschnittene polnische Agrarreform. Die Entwicklung des Landes wird dann wieder den gleichen Weg gehen wie während der vergangenen polnischen Herrschaft: ein rasches Zurücksinken auf die polnische Kultur- und Wirtschaftsstufe.

Die Zerreißung des nordöstlichen Deutschland durch den polnischen Korridor ist ein in der neuesten Geschichte unerhörter Vorgang, dem nur noch die Zerreißung Oberschlesiens an die Seite gestellt werden kann. Er trägt die Notwendigkeit seiner Korrektur in sich selbst. Mit mehr Kühnheit als Einsicht begabte Polen stellen sich auch heute noch, wie eine kürzlich in der deutschen Presse wiedergegebene polnische Zeitungsstimme zeigte, diese Korrektur so vor, daß Ostpreußen auch noch polnisch werde. Aber kein politisch Verantwortlicher wird heute den Mut mehr haben, die nationalen Vergewaltigungen des Vertrags von Versailles durch neue Vergewaltigungen zu ergänzen. An dem durch die alten gesäten Unfrieden trägt Europa schwer genug und es wächst die Einsicht, daß die politische Aufgabe der Zukunft die ist, die Unvernunft und Ungerechtigkeit dieser Regelungen wieder zu beseitigen. Daß es auch dann möglich ist, Polen einen freien und sicheren Zugang zur See zu eröffnen, zeigen die leider unbeachtet gebliebenen Vorschläge der deutschen Friedensdelegation in Versailles. Der in Locarno mit Erfolg betretene Weg internationaler Verträge kann Polen dafür größere Garantien

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19251117/1